# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

# **Quantitative Easing**

Unter diesem Schlagwort hat die amerikanische Notenbank mit ihrer extrem lockeren Geldpolitik wesentlich zur Entstehung einer gewaltigen Kreditblase in den Schwellenländern beigetragen. Schon die leichte Reduzierung der FED-Flutung mit Billiggeld hat die Fragilität der globalen Finanzströme erkennen lassen. Länder wie die Türkei, Argentinien, Brasilien, Mexiko, Venezuela, Indonesien, Thailand, Malaysia, Ägypten und Südafrika haben plötzlich mit erheblichen Währungs- und Börsenproblemen zu kämpfen. Hier sind selbst Staatspleiten infolge von Währungskrisen nicht auszuschließen. Auch Russland und China könnten von Kettenreaktionen erfasst werden. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft wären unabsehbar

# Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für 2014 präsentierten sich - bis zu den neuen Crash-Risiken in den Emerging Markets – durchaus positiv. So soll die globale Wirtschaftsleistung um 3,2% zulegen. Das BIP soll in den USA um 2,8% und in China um 7.5% wachsen. Für die Euro-Zone werden dagegen nur 1,1% Steigerung prognostiziert. Dazu soll vor allem Deutschland als "Kraftwerk Europas" mit einem Zuwachs von bis zu 2% beitragen. Der DIHK hat seine Prognose für das Außenhandelswachstum von 4% auf 4,5% angehoben. Wie ein Damokles-Schwert schwebt die ungelöste Euro-Krise über dem Geschehen. Die Gemeinschaftswährung hat den exportschwachen Ländern die Möglichkeit genommen,

durch die Abwertung nationaler Währungen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

#### **Auf ein Neues**

Griechenland braucht weitere finanzielle Hilfe. Hinter den Kulissen in Brüssel, Athen und Berlin wird derzeit ein drittes "Rettungspaket" vorbereitet. Ein internes Positionspapier des Finanzministeriums geht von einem Volumen bis zu 20 Mrd. EUR aus. Als "Gegenleistung" soll Griechenland endlich die immer wieder versprochenen Sparmaßnahmen einleiten. All das wird von Bundesregierung und Brüsseler Eurokraten derzeit heftig dementiert aus der berechtigten Sorge heraus, dass ein frühzeitiges Bekanntwerden den Euroskeptischen Parteien zusätzliche Wähler bei der Europa-Wahl im Mai zutreiben wird. Danach - so ist zu befürchten - wird die Fassohne-Boden-Politik wieder als alternativlos verkauft und betrieben werden. Nur der Vollständigkeit halber: Bisher hat Griechenland im Rahmen der ersten beiden Rettungspakete bereits 240 Mrd. EUR erhalten.

# Vermögensabgabe

Die Bundesbank hat die kürzlich vom IWF ins Spiel gebrachte Idee von Vermögensabgaben zur Rettung von Pleitestaaten aufgegriffen. Sie plädiert dabei allerdings für nationale Lösungen. So sollen klamme Länder zuerst ihre eigenen vermögenden Bürger mit einer Sondersteuer belasten, bevor andere Länder zur Kasse gebeten werden. Damit distanziert sich die Notenbank von Überlegungen, die Überschuldungsprobleme zu sozialisieren. Nicht nur in den südlichen Euro-Ländern wird nämlich Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



mittlerweile darüber diskutiert, die Staatsschuldenkrise durch eine einheitliche Zwangsbelastung aller europäischen Vermögenden um 10% schlagartig in den Griff zu bekommen. Auch deutsche Politiker des linken Lagers sympathisieren ganz offen mit dieser Idee. Gleichzeitig soll die Zwangsabgabe den Geberländern neue Spielräume für künftige Rettungsprogramme eröffnen. Denkt man dieses Konzept zu Ende, dann müssten letztendlich auch deutsche Normalbürger nicht nur via Steuern, sondern zusätzlich per Zwangsabgabe indirekt z. B. für den griechischen Staat blechen, der seinen millionenschweren Reedern unverändert das Privileg der Steuerfreiheit gewährt.

#### "Die reichen Deutschen"

Die deutsche Rolle als Zahlmeister Europas wird gerne mit der moralischen Notwendigkeit argumentiert, dass der Starke den Schwachen helfen müsse. Eine Studie der Europäischen Zentralbank hat allerdings ergeben, dass das durchschnittliche Privatvermögen der Deutschen weit unter den Vergleichswerten in den Schuldenländern liegt. Danach verfügt ein Normalhaushalt hierzulande über netto 51.000 EUR, während Griechen es auf 102.000 EUR, Spanier auf 183.000 EUR und Zyprioten auf 267.000 EUR bringen. Das wird auch darauf zurückgeführt, dass Immobilieneigentum in Südeuropa weiter verbreitet sei als in Deutschland, Gleichwohl räumt diese Untersuchung mit der Legende von den reichen Deutschen als ethisch verpflichteten Zahlmeistern auf. Und die Studie müsste eigentlich selbst Euromantikern die Berechtigung der Maastricht-Verträge vor Augen führen, die aus gutem Grund auf das Subsidiaritätsprinzip setzen.

# 160 Mrd. EUR

Als "absolut falsches Signal" hat Altkanzler Schröder die Rente mit 63 kritisiert. Das gelte "gerade mit Blick auf unsere europäischen Partner, von denen wir ja zurecht Strukturreformen einfordern". Das Vorhaben wird bis 2030 zusätzliche Kosten in Höhe von 160 Mrd. EUR verursachen. CDU und CSU haben der SPD dabei geholfen, die sozialpolitische Uhr aus wahltaktischen Gründen zurückzudrehen. Gerhard Schröder bringt seine Sicht so auf den Punkt: "Die Entscheidungen kosten nicht nur einmal Milliarden, die Ausgaben kommen jedes Jahr wieder. Das führt in einigen Jahren unweigerlich zu der Frage: Müssen wir deswegen die Rentenbeiträge erhöhen?" Dann stehe man wieder vor Entscheidungen wie zu Zeiten der Agenda 2010. "Dann wird es wieder neue, schmerzhafte Rentenreformen geben müssen, damit die Rentenbeiträge für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlbar bleiben."